

Deutscher Bundestag

Stenografischer Bericht

105. Sitzung

Berlin, Donnerstag, den 29. April 2004

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 8 a und 8 b sowie Zusatzpunkt 4 auf:

- a) Beratung des Antrags der Abgeordneten Helmut Heiderich, Gerda Hasselfeldt, Peter H. Carstensen (Nordstrand), weiterer Abgeordneter und der Fraktion CDU/CSU

Grüne Gentechnik in Deutschland nutzen – Verlässliche Rahmenbedingungen für einen verantwortungsvollen Einsatz in der Landwirtschaft schaffen

– Drucksache 15/2822 –

Überweisungsvorschlag:

Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft (f)

Rechtsausschuss

Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit

Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

- b) Beratung des Antrags der Fraktionen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN

Wahlfreiheit für die Landwirte durch Reinheit des Saatgutes sicherstellen

– Drucksache 15/2972 –

Überweisungsvorschlag:

Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft (f)

Rechtsausschuss

Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit

Ausschuss für Gesundheit und Soziale Sicherung

Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

- ZP 4 Beratung des Antrags der Abgeordneten Dr. Christel Happach-Kasan, Hans-Michael Goldmann, Ulrike Flach, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP

Chancen der Grünen Gentechnik nutzen – Gentechnikgesetz und Gentechnik-Durchführungsgesetz grundlegend korrigieren

– Drucksache 15/2979 –

Überweisungsvorschlag:

Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft (f)

Rechtsausschuss

Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit

Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung ist für die Aussprache eine halbe Stunde vorgesehen. – Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache. Als erste Rednerin hat das Wort die Kollegin Dr. Herta Däubler-Gmelin von der SPD-Fraktion.

(A) **Dr. Herta Däubler-Gmelin (SPD):**

(C)

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Heute diskutieren wir erneut über die Frage, wie wir mit der Grünen Gentechnik umgehen sollen. Darüber haben wir schon mehrfach geredet. Wir werden in den kommenden Wochen im Zusammenhang mit der Debatte über den Gesetzentwurf der Bundesregierung alle grundsätzlichen Fragen besprechen. Wir wissen, dass die Positionen durchaus kontrovers sind. Das zeigt sich auch an den uns heute vorliegenden Anträgen. Jeweils einen haben die CDU/CSU – Drucksache 15/2822 –, SPD und Bündnis 90/Die Grünen sowie die FDP vorgelegt.

Die Opposition betont sehr gerne die Möglichkeiten, die sich mit dieser innovativen Technik verbinden. Auch wir tun dies, verweisen aber gleichzeitig darauf, dass der **Nachweis der Schadensfreiheit und des positiven Nutzens** für die Menschen sowie für die Natur und insbesondere für die Artenvielfalt in vielen Punkten noch aussteht. Wir sind der Meinung, dass man darauf gerade bei Lebensmitteln, die tagtäglich von einer großen Zahl von Menschen verzehrt werden, in keiner Weise verzichten darf, und zwar auch deshalb nicht, weil sonst das Vertrauen der Verbraucher, die die Lebensmittel kaufen sollen, in die Produkte unserer Landwirtschaft nicht gesichert werden kann.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Wenn ich mir die beiden Anträge der Oppositionsfraktionen anschau, dann stelle ich fest, dass der Antrag der Union relativ allgemein gehalten ist. Das Gesetz, über das wir in den kommenden Wochen beraten, wird sehr viel konkreter sein. Es heißt im Antrag der Union – auch wir und die Europäische Union vertreten diese Auffassung –, dass die Koexistenz mehrerer Anbauformen – es geht dabei um den Anbau mit und ohne Gentechnik – ein tragender Grundsatz ist. Außerdem ist die Rede davon, dass es sowohl für die Landwirte als auch für die Verbraucher eine echte **Wahlfreiheit** geben muss. Für die Landwirte besteht diese Freiheit darin, frei zu entscheiden, wie sie anbauen; für die Verbraucher besteht sie darin, frei zu entscheiden, was sie kaufen wollen.

Wer das berücksichtigt, der kann sich auch in dieser Diskussionsrunde nicht mehr davor drücken, eine klare Position zu beziehen, aus der hervorgeht, ob man der Auffassung ist, dass es zum Beispiel Pflanzen gibt, die in unseren Breiten einfach nicht koexistenzfähig sind, und wie man es mit dem Raps hält. Wir wissen ganz genau, dass die **Auskreuzung** unter Umständen weite Flächen und große Distanzen betreffen kann, je nachdem, wie stark der Wind ist.

(B) Einer der Punkte, über die wir uns unterhalten müssen, wird die Frage sein, ob man noch mit (D)

Zwischenflächen arbeiten kann. Außerdem muss man ganz klar sagen, was man unter Wahlfreiheit versteht. Wahlfreiheit beginnt mit einer ehrlichen, richtigen und stimmigen **Kennzeichnung**. Eine solche Kennzeichnung beginnt beim Saatgut, und zwar deswegen, weil es „ein bisschen genverändert“ eben nicht gibt. Entweder etwas ist – technisch nachweisbar – genverändert oder nicht. Man kann hier nicht „rummuscheln“, sondern muss sich klar äußern. Schließlich wissen wir ganz genau, dass Saatgut als Grundlage für Lebensmittelpflanzen und auch für Futtermittelpflanzen die Möglichkeit einer Genveränderung vielfach verstärken kann, wenn man nicht sehr präzise ist.

All das wissen wir heute. Deswegen hatte ich eigentlich erwartet, dass im Antrag der Union, den wir heute beraten, genau wie in unserem Antrag festgestellt wird: Jawohl, gerade beim Saatgut – diese Frage muss jetzt entschieden werden – muss die Kennzeichnung so sein, dass das, was im Saatgut technisch nachweisbar ist, auch nachgewiesen wird. Leider finde ich in Ihrem Antrag dazu nichts. Dass Sie nicht deutlich werden, dass Sie sich wieder verweigern, finde ich sehr bedauerlich. Mit Ihrem Antrag hätten Sie eine Gelegenheit gehabt, sich sehr klar zu äußern.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Wir tun das.

Ich will Sie zum Abschluss einfach auffordern, sich zur Grenze des technischen Nachweises der Reinheit des Saatgutes ganz konkret – ich benutze jetzt einen Ihrer Ausdrücke – zu bekennen. Ich glaube, das wäre ein guter Beitrag, auf der einen Seite Vorurteile abzubauen und auf der anderen Seite zu helfen, Konflikte zu lösen. Vielleicht ändern Sie Ihre Einstellung. Wenn ja, dann stimmen Sie unserem Antrag zu! Ich würde mich darüber freuen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat jetzt der Kollege Helmut Heiderich von der CDU/CSU-Fraktion.

(A) (Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

(C)

Helmut Heiderich (CDU/CSU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit unserer heutigen Initiative wollen wir Sicherheit bei der Nutzung der Gentechnik in Deutschland schaffen: Sicherheit für die Bürger, Sicherheit für die Landwirte, Sicherheit für die Forschung und Sicherheit für die Unternehmen der Pflanzenzucht.

Dieses Bemühen unsererseits, verehrte Frau Vorrednerin, ist nicht neu. Bereits 2001 haben wir in diesem Haus eine Kennzeichnung von genetisch veränderten Bestandteilen in Lebensmitteln gefordert. Wir haben dabei einen Grenzwert von 1 Prozent vorgeschlagen. Das heutige Ergebnis von 0,9 Prozent ist von unserem damaligen Vorschlag nicht sehr weit entfernt. Dass wir, die CDU/CSU, als Erste für diese **Transparenz** und für die **Wahlfreiheit** des Verbrauchers eingetreten sind, und zwar hier, in diesem Hause, wird in den Diskussionen über dieses Thema immer wieder gern verschwiegen. Ich möchte Sie bitten, das in Zukunft endlich einmal zur Kenntnis zu nehmen und auch öffentlich zu erklären.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Ebenso wird gern verschwiegen, dass es bei der Kennzeichnung um eine **Zusatzinformation für den Verbraucher** und nicht um einen Warnhinweis zu einem neuen Produkt oder Ähnliches geht. Genlebensmittel sind nicht gefährlich. Ich zitiere den EU-Kommissar Byrne, der vorgestern dem „Tagesspiegel“ gesagt hat:

Gentechnisch veränderte Lebensmittel sind genauso sicher wie herkömmlich produzierte. Es besteht keine Gefahr für die öffentliche Gesundheit.

Es wäre gut, wenn das auch von Ihrer Seite einmal öffentlich vertreten würde und nicht immer das Gegenteil behauptet würde.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Kennzeichnung – ich sage das noch einmal deutlich – heißt also Sicherheit und nicht Risiko. Sicherheit für die Landwirte schaffen wir durch mehrstufige umfassende wissenschaftliche Prüfung der gezüchteten Pflanzen. Wissenschaftliche und praktische Erfahrungen sind die Grundlage für die Wahlfreiheit jedes Landwirts. Deshalb muss die Diskriminierung derjenigen Landwirte aufhören, die sich freiwillig für die Möglichkeiten der Biotechnik entscheiden oder entscheiden werden.

(B) (Beifall bei der CDU/CSU)

(D)

Es ist doch gerade Rot-Grün, Frau Dr. Däubler-Gmelin, das mit aller Macht einen großflächigen **Erprobungsanbau in Deutschland** verhindert und damit die Möglichkeit ausschließt, die notwendigen eigenen Erkenntnisse für die Sicherheit der Landwirte in unserem Land zu gewinnen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Jörg Tauss [SPD]: Meine Bauern sehen das aber anders!)

– Herr Tauss, man muss Lautstärke und Inhalt ein bisschen auseinander halten. – Wie viele Diskussionen über Verhältnisse in England oder in Kanada oder wo auch immer könnten wir uns ersparen, auch in diesem Hause, wenn wir uns endlich auf öffentlich gewonnene und durch wissenschaftliche Begleituntersuchungen abgesicherte Fakten aus dem eigenen Land beziehen könnten! Da sind Sie in der Pflicht!

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Es ist wirklich bezeichnend für Ihre Politik, dass sich jetzt die Bundesländer von sich aus dieser Aufgabe annehmen und dabei auch noch von Ihnen beschimpft werden. Frau Höfken hat das kürzlich einen Anschlag auf die Verbraucher genannt. Die Bundesländer erfüllen die Pflicht, die Sie fahrlässig versäumen, und gehen jetzt nach vorn, um den großflächigen Erprobungsanbau in Deutschland möglich zu machen. Erst daraus können wir die praktischen Erkenntnisse gewinnen, die eben schon gefordert worden sind.

Pflanzenspezifische Abstandsregeln wie in anderen EU-Ländern auch werden meines Erachtens im Ergebnis dazu führen, dass alle Landwirte – ich sage ausdrücklich: alle Landwirte, auch die Ökolandwirte – sicher unter der Grenze von 0,9 Prozent bleiben können. Ich bitte Sie, endlich zur Kenntnis zu nehmen, dass es eine politische europäische Entscheidung ist, die besagt: Bei einem Anteil von unter 0,9 Prozent ist das gentechnikfrei. Das ist die entscheidende Grenze. Sie ist politisch so gesetzt worden. Die müssen wir in unserem Land auch anerkennen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Matthias Weisheit [SPD]: Beim Endprodukt! – Waltraud Wolff [Wolmirstedt] [SPD]: Nicht beim Saatgut!)

- (A) – Ich rede nicht von Saatgut. Beim Saatgut – das wissen Sie – haben wir eine andere Gefechtslage. Da gibt es einen anderen Vorschlag. Die EU-Kommission wird demnächst eine entsprechende Wertung auf den Tisch legen. (C)

Auch die Behauptung, die jetzt immer wieder verbreitet wird, nämlich Gentechnik sei nicht wieder rückholbar, wenn man einmal damit begonnen habe, ist – das will ich noch einmal sagen – in keiner Weise wissenschaftlich begründet. Es gibt eine aktuelle **Studie der Universität Bern** vom 13. April – sie ist also zwei Wochen alt – mit einem Umfang von etwa 200 Seiten, die wiederum zeigt, dass die Merkmale transgener Pflanzen nach einigen Jahren aus der Population verschwinden, wenn die entsprechenden Pflanzen nicht mehr angebaut werden, weil sie gegenüber den bisherigen Pflanzen nicht superior sind, das heißt, ihnen mit der Zeit unterliegen. Gentechnik ist also nicht eine Büchse der Pandora, wie immer wieder öffentlich gesagt wird; sie ist vielmehr eine sichere und beherrschbare Technologie.

Die Anwendung im eigenen Land brauchen wir – das wird auch immer übersehen – für die Zukunftssicherung unserer **Forschung**. Bisher waren wir in Deutschland weltweit mit an der Spitze. Doch während in anderen Ländern massiv in die Forschung investiert wird, insbesondere in China – Frau Däubler-Gmelin führt gerade ein Gespräch mit einer Abordnung –, werden im eigenen Land die Chancen der Forschung ständig verschlechtert.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Damit verlieren auch unsere Pflanzenzüchter im weltweiten Wettbewerb an Boden. Wer wie diese Regierung den eigenen Unternehmen das Leben schwer macht, arbeitet den internationalen Multis, wie Sie sie immer so schön bezeichnen, direkt in die Hände. Sie bieten ihnen den Markt geradezu auf dem Silbertablett an, wenn Sie die eigenen Pflanzenzüchter benachteiligen und ihnen die Chance nehmen, sich am internationalen Wettbewerb zu beteiligen.

Dazu passt, dass Sie vor drei Tagen, also am Montag dieser Woche, in Brüssel der Importgenehmigung für **Bt-Mais-Produkte** aus Übersee nicht widersprochen haben. Gleichzeitig verhindern Sie aber im eigenen Land, dass ein Erprobungsanbau mit diesen Produkten stattfindet. In diesem Punkt ist Ihre Argumentation doppelzüngig. So etwas machen wir nicht mit.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg. Hans-Michael Goldmann [FDP])

- (B) Letzter Satz: Wir stehen für Wettbewerbsfähigkeit und sichere, praktikable Rahmenbedingungen; Rot-Grün steht für Verunsicherung der Bevölkerung und für Vernachlässigung des Standortes Deutschland. (D)

Schönen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat jetzt die Kollegin Ulrike Höfken vom Bündnis 90/Die Grünen.

Ulrike Höfken (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Schön wäre es, wenn das wahr wäre, was der Kollege Heiderich da eben gesagt hat. Den Verbraucherschutz ernst nehmen heißt auch, die Bedenken unabhängiger Organisationen ernst nehmen. Es geht dann nicht an, sie in Stammtischmanier als irre zu beschimpfen und uns Grüne der Straftaten zu bezichtigen, die wir mitnichten begangen haben, so wie das der Kollege Merz gemacht hat. Das ist meiner Meinung nach nicht dadurch zu entschuldigen, dass man ihn selbst in den Kreisen der CDU/CSU als Quartalsirren bezeichnet. Hier ist schon eine richtige Entschuldigung fällig.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Wahl- und Entscheidungsfreiheit ist ein hohes Gut. Sie setzt echte Wahlfreiheit und ein hohes Schutzniveau für Mensch und Umwelt, wie es die CDU/CSU in ihrem Antrag schreibt, voraus. Angesichts dessen, was weiterhin im CDU/CSU-Antrag steht, kann man diese Aussage nur als irreführend bezeichnen. Die CDU/CSU fordert hier nämlich wie auch im Bundesrat die Aufgabe der guten fachlichen Praxis und des Schutzes ökologischer Gebiete. Sie will die Haftungsregelungen aufweichen,

(Zuruf von der CDU/CSU: Das ist Quatsch!)

ein untransparentes Standortregister schaffen, das den Namen dann nicht mehr verdient, und kurze Anzeigefristen für den Anbau gentechnisch veränderter Organismen, sodass sich der Nachbar nicht mehr darauf einstellen kann.

- (A) Das markiert, wie Sie sehr wohl wissen, einen Dambruch und **den Beginn unkontrollierter Auskreuzungen**. Das provoziert eben genau die Konfrontation, die Sie angeblich nicht wollen. Solch ein Vorgehen bezeichne ich tatsächlich als fahrlässig. Da werden die Leute sauer. Wir als Grüne unterstützen eine gesellschaftliche demokratische Diskussion, die mit legalen Mitteln geführt wird. So verhalten wir uns auch als Partei im Hinblick auf unsere Wähler. Diese sollen sich nämlich frei und jeder für sich entscheiden können, ob sie genfoodfrei leben wollen. (C)

Dazu gehört aber auch, dass wir uns mit Pioneer in Iowa unterhalten und deren Argumente wahrnehmen. Pioneer hat zum Beispiel gesagt: Wenn der Markt es verlangt, dann wird auch von uns gentechnikfreies Saatgut angeboten. Das ist eine bemerkenswerte Aussage, wie ich finde.

(Hans-Michael Goldmann [FDP]: Das ist etwas anderes als reines Saatgut! – Zuruf von der CDU/CSU: Das gibt es doch seit Jahrzehnten!)

Wir wissen natürlich, dass es dazu nötig ist, dass sich Pioneer darum bemüht, dass auch die Gesetze in den USA geändert werden. Uns beunruhigt jedenfalls, dass sich die unionsregierten Länder von den Lobbyisten der Gentechnikindustrie instrumentalisieren lassen.

Die FDP geht im Übrigen mit den Forderungen in ihrem Antrag noch über die im CDU/CSU-Antrag hinaus.

(Hans-Michael Goldmann [FDP]: Völlig daneben die Rede!)

Sie fordert nämlich, dass ein **freiwilliges Kataster** eingeführt wird. Bezüglich dieses Punktes dürfen wir Sie auf die Rechtslage hinweisen; denn die Freisetzungsrichtlinie steht dem eindeutig entgegen. Das Gentechnikgesetz ist die wesentliche Grundlage für Wahlfreiheit. Deswegen werden wir dafür kämpfen.

Die zweite wichtige Grundlage ist der Schutz der Wahlfreiheit in Bezug auf die gentechnikfreie Produktion, das heißt beim Saatgut. Ich unterstütze ausdrücklich das, was meine Kollegin Däubler-Gmelin eben gesagt hat: Wir setzen uns massiv dafür ein – und hoffen auch auf Ihre Unterstützung –, dass sich die Nachweisgrenze auf den Schwellenwert bezieht, damit die Wahlfreiheit nicht Makulatur wird.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

- (B) Wir können hier natürlich – das sage ich gerade vor dem Hintergrund des letzten Satzes des Kollegen Heiderich – auf die Analysen von US-Wissenschaftlern verweisen, die festgestellt haben, dass konventionelles Saatgut nach rund acht Jahren großflächigem Anbau – das heißt nach kurzer Zeit – in hohem Maße gentechnisch verunreinigt ist; bei Mais und Soja sind es über 50 Prozent, bei Raps sogar 80 Prozent. Das möchten wir nicht haben und ich hoffe, auch Sie nicht. (D)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Aber ich will auch kurz etwas zu den Umwelt- und Gesundheitsrisiken sagen, die auf unserer USA-Reise ein großes Thema waren.

(Hans-Michael Goldmann [FDP]: Die wir aber auf unserer Reise nicht gefunden haben!)

Nicht bekannt bedeutet auf keinen Fall nicht gefährlich, dann schon eher: nicht untersucht. Es gibt weltweit nur zehn wissenschaftlich anerkannte Studien. Kollege Heiderich, wir sind übrigens für wissenschaftliche Forschung.

(Zuruf von der CDU/CSU: Das ist gut!)

Aber ich darf auch darauf hinweisen, dass von diesen zehn Untersuchungen fünf – nämlich die von unabhängigen Instituten – nachteilige Effekte und die anderen fünf – die von der Industrie – keine nachteiligen Effekte festgestellt haben. Das dürfte doch Anlass geben, das Vorsorgeprinzip hochzuhalten.

(Albert Deß [CDU/CSU]: Es muss geprüft werden, ob gentechnisch hergestelltes Insulin gefährlich ist oder nicht!)

Das gilt übrigens auch im Hinblick auf die gesundheitlichen Effekte. Sie wissen, dass die französische Kommission für biomolekulare Forschung, CBG, soeben im Rahmen des Zulassungsverfahrens der EU-Kommission für einen Bt-Mais gesundheitliche Schäden bei Ratten festgestellt hat.

(Helmut Heiderich [CDU/CSU]: Eben nicht! Die Studie wurde als falsch zurückgewiesen!)

Auch das ist ernst zu nehmen. Es gibt eine Reihe von weiteren Untersuchungen, die umstrittener sind. Ich erinnere nur an den Fall Pusztai. Wenn noch keiner tot umgefallen ist, dann liegt das daran, dass man noch keine ausreichenden Erkenntnisse hat.

- (A) Ich fordere Sie auf und bitte Sie, sich mit uns für den Schutz der gentechnikfreien Produktion einzusetzen durch ein Gentechnikgesetz, das die Forderungen der Wahlfreiheit und der Freiheit des Saatgutes von Gentechnikkontamination erfüllt. (C)

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat jetzt die Kollegin Dr. Christel Happach-Kasan von der FDP-Fraktion.

Dr. Christel Happach-Kasan (FDP):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Kollegin Höfken, Freiheit ist ein Menschenrecht; darauf möchte ich hinweisen. Beim Saatgut sollten wir uns an das Sortenrecht halten und sollten diese Begriffe hier nicht durcheinander werfen.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Im Übrigen darf ich darauf hinweisen, dass Ministerin Künast mir gestern zu der Bewertung der Rattenversuche gesagt hat, sie sei der Meinung, daran könne schon etwas sein, aber es gebe Minister in der Bundesregierung, die anderer Meinung seien, weswegen sich die Bundesregierung enthalten habe. Nach fünf Jahren Moratorium hat sie noch immer keine einheitliche Meinung. Das finde ich ein Armutszeugnis.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von den Sozialdemokraten, Sie sollten einmal zur Kenntnis nehmen: Gegner Grüner Gentechnik sind in aller Regel satte Menschen. Wer sich um seine Zukunft und die seiner Kinder sorgt,

(Gustav Herzog [SPD]: Unverschämtheit!)

- (B) wer Angst um den eigenen Arbeitsplatz und seine Altersversorgung hat, der kümmert sich um vieles, aber nicht darum, ob eine der Zutaten im Müsliriegel von gentechnisch veränderten Organismen stammt oder nicht. Er ist nämlich froh, wenn er sich die Müsliriegel für seine Kinder überhaupt leisten kann. Bei 4,6 Millionen Arbeitslosen und einem äußerst geringen Wirtschaftswachstum interessiert die Menschen die Sicherheit ihres Arbeitsplatzes und nicht, ob die Margarine Bestandteile von gentechnisch veränderten Organismen enthält. Die Grünen haben uns hier eine Luxusdiskussion aufgezwungen, die den Menschen im Lande nicht hilft. (D)

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Ministerin Künast hat erst gestern im Ausschuss wiederholt, dass der Verzehr von Produkten von gentechnisch veränderten Organismen keine Gefährdung der Gesundheit erwarten lässt. Die FDP stimmt ihr zu.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP – Albert Deß [CDU/CSU]: Das sollte die Ministerin Künast öffentlich sagen!)

Die **Gesundheit der Menschen** ist ein sehr hohes Gut. Der Verbraucherschutz dient der Gesundheit der Menschen. Wenn eine Züchtungsmethode hilft, Kulturpflanzen zu züchten, die der Gesundheit der Menschen nützen, dann ist dies ein guter Grund, die Anwendung dieser Züchtungsmethode zu unterstützen.

Grüne Gentechnik kann der Gesundheit der Menschen nützen. Nehmen wir das Beispiel Weizen. Weizen, der nicht mit Pilzgiften belastet ist, bietet Vorteile für seine Verwendung als Nahrungs- oder Futtermittel. Das ist unmittelbar einleuchtend. Dennoch ist ein Freisetzungsversuch in Sachsen-Anhalt, der der Erprobung von pilzresistentem Weizen dienen sollte, gerade von Greenpeace massiv behindert worden. Die Organisation nennt sich „Grüner Frieden“ und handelt gänzlich unfriedlich, wenn sie fremde Felder entgegen den Interessen der Eigentümer bestellt.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Daher ist es gut, dass die Gemeinnützigkeit dieses unfriedlich handelnden Konzerns überprüft wird.

Die FDP setzt sich in ihrem Antrag dafür ein, dass die Chancen der Grünen Gentechnik in Deutschland genutzt werden. Dafür brauchen wir Regeln für die Koexistenz. Sie müssen sich an der Verbreitungsbiologie der Pflanzen orientieren. Ich darf noch hinzufügen: Im Wesentlichen sind die Kenntnisse vorhanden. Wo Wissenslücken bestehen, ist es Aufgabe der Institute der Ressortforschung,

- (A) diese Lücken zu schließen. Derzeit behindert Ministerin Künast die BBA dabei, ihre Forschungsaufgaben zu erfüllen. Es ist schon einmalig, dass eine Ministerin mehr Kenntnisse einfordert und gleichzeitig verhindert, dass die Institutionen in ihrem Verantwortungsbereich entsprechende Forschungen durchführen. (C)

Die im Regierungsentwurf enthaltene **gesamtschuldnerische Haftung** lehnt die FDP ebenfalls ab. Schäden müssen ausgeglichen werden und gleichzeitig muss gelten: Wer sich korrekt verhalten hat, kann nicht zur Haftung herangezogen werden.

Da von den zugelassenen Sorten gesundheitliche Schäden und eine Beeinträchtigung von Natur und Umwelt nicht zu befürchten sind, ist nach Auffassung der FDP sehr viel mehr Gelassenheit angebracht. Deswegen lehnen wir die Forderung der Koalition ab, beim Saatgut Schwellenwerte festzulegen, die sich an den Nachweisgrenzen orientieren. Das ist weder erforderlich noch praktikabel.

Die polarisierte Diskussion hat die Risikowahrnehmung der Menschen in Deutschland verzerrt und die Menschen verunsichert, obwohl keine Gefahren bestehen. Die Grüne Gentechnik wird in fünf Jahren bei uns eine Selbstverständlichkeit sein.

(Friedrich Ostendorff [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wird sie nicht!)

Ihre Startschwierigkeiten sind durch schlechte Kommunikation zwischen Wirtschaft, Politik und Wissenschaft verursacht worden. In Deutschland wurde aus dem Desaster um die Genehmigung der ersten Insulinproduktionsanlage in Hessen offensichtlich nichts gelernt. Ich bedauere dies ausdrücklich.

Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat jetzt der Kollege René Röspel von der SPD-Fraktion.

René Röspel (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Frau Happach-Kasan, ich gebe zu, dass ich mich bei Ihrer Rede aufgeregt habe. Trotzdem will ich mich nicht allzu ausführlich dazu äußern.

- (B) Ich habe vor einigen Wochen in Gesprächen mit Reisbauern aus Thailand und auch mit Vertretern von Misereor und „Brot für die Welt“ – es handelt sich um Organisationen, die sicherlich nicht verdächtig sind, ideologisch zu sein; sie machen aber vor Ort in den Entwicklungsländern Politik – über die Problematik der Bekämpfung des Welthungers durch Gentechnik diskutiert. Meine Gesprächspartner sehen diese Problematik in einem ganz anderen Licht, als Sie es dargestellt haben. Das muss ich deutlich sagen. (D)

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Ich will mich aber mit diesem Punkt nicht weiter befassen, weil wir dieses Thema jedes Mal behandeln.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Herr Röspel, erlauben Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Happach-Kasan?

René Röspel (SPD):

Ja, natürlich.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Bitte schön.

Dr. Christel Happach-Kasan (FDP):

Herr Kollege Röspel, ich gehe davon aus, dass Sie wie auch wir Gespräche mit dem Entwicklungsdienst der evangelischen Kirche geführt haben. Sie haben sich sicherlich auch intensiv mit diesem Problem befasst. Ist Ihnen dabei nicht aufgefallen, dass die zahlreichen Probleme, die in den Entwicklungsländern existieren und die uns die Vertreter und Vertreterinnen dieser Länder vorgestellt haben, nichts mit der Anwendung einer bestimmten Züchtungsmethode zu tun haben? Diese Probleme haben vielmehr damit zu tun, dass in diesen Ländern Regierungen an der Macht sind, die die Interessen der Menschen nicht gut vertreten, und dass es dort Konzerne gibt, die die Schwächen dieser Regierungen ausnutzen. Die Züchtungsmethode ist aber letztlich völlig unmaßgeblich für die Not, die in diesen Ländern herrscht.

(A) **René Röspel (SPD):**

(C)

Liebe Frau Kollegin Happach-Kasan, auch ich habe Gespräche geführt. Ich weiß nicht, über welches Thema Sie diskutiert haben. In meinen Gesprächen ging es ausdrücklich um den Einsatz gentechnisch veränderten Saatgutes und gentechnisch veränderter Pflanzen. Es handelt sich beispielsweise um Bt-Baumwolle in Indien, wo die Einbrüche bei den Ernten dramatisch sind. Wir als satte Westeuropäer können uns diese Einbrüche durchaus erlauben. Für einen indischen Bauern ist es eine Katastrophe, wenn ein neues, gentechnisch verändertes Produkt schlechter ist. Genau über diese Probleme haben wir gesprochen. Sie haben möglicherweise nicht über die Probleme diskutiert, die mit der Gentechnik zu tun haben, sonst hätten Sie hoffentlich ein anderes Bild.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zuruf von der CDU/CSU: Putzen Sie einmal Ihre Brille!)

Wir wollen heute über drei Anträge, die sich mit dem Einsatz der Grünen Gentechnologie beschäftigen, diskutieren. Der Antrag der SPD und der Grünen ist überschrieben mit: „Wahlfreiheit für die Landwirte durch Reinheit des Saatgutes sicherstellen“. Die CDU/CSU hat ihrem Antrag den Titel gegeben: „Grüne Gentechnik in Deutschland nutzen – Verlässliche Rahmenbedingungen für einen verantwortungsvollen Einsatz in der Landwirtschaft schaffen“. Die FDP überschreibt ihren Antrag mit: „Chancen der Grünen Gentechnik nutzen – Gentechnikgesetz und Gentechnik-Durchführungsgesetz grundlegend korrigieren“. Allein die Überschriften machen den Unterschied in der Intention der Anträge deutlich, was nicht sehr häufig der Fall ist. Die rot-grüne Koalition will die Interessen von Landwirten und Verbrauchern wahren und schützen; das steht auch in der Überschrift unseres Antrages. Die Opposition stellt die Einführung der Grünen Gentechnik in den Vordergrund; das hat Herr Heiderich vorhin betont.

(Helmut Heiderich [CDU/CSU]: Die Rahmenbedingungen!)

Wie aber ist die Situation in Deutschland und in Europa? In Deutschland gibt es bisher wie in den meisten EU-Ländern keinen Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen zu kommerziellen Zwecken. Seit 1998 – das wissen die meisten von Ihnen – gibt es – auch wegen der unterschiedlichen wissenschaftlichen Einschätzung eines solchen Anbaus – ein EU-Moratorium, solche Pflanzen nicht anzubauen. Dies wird sich verändern. Auf EU-Ebene ist die **Freisetzungsrichtlinie** verabschiedet worden. Wir haben sie umzusetzen. Die EU-Kommission wird die ersten gentechnisch veränderten Pflanzen für den Anbau zulassen. Es werden mehr werden.

Um es klarzustellen: Ich persönlich halte das In-Verkehr-Bringen gentechnisch veränderter Pflanzen nach wie vor für falsch.

(B)

(D)

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Die FDP schreibt in ihrem Antrag – ich darf zitieren –:

Die Potenziale der Grünen Gentechnik sind vielfältig und sie werden weltweit seit zehn Jahren auf inzwischen mehr als 60 Mio. Hektar

– das ist das Mehrfache der Fläche der Bundesrepublik –
genutzt.

Das ist richtig. Aber ist das auch wirklich ein Argument? Man muss nämlich, wenn man ehrlich ist, ergänzen: Die **Begleitforschung**, die die Auswirkungen eines solchen Anbaus betrachtet,

(Helmut Heiderich [CDU/CSU]: Die hebeln Sie doch gerade aus!)

findet weltweit auf weniger als 1 Prozent der Fläche statt; in Europa übrigens auf 15 Prozent der Fläche, weil wir genauer hinschauen.

(Helmut Heiderich [CDU/CSU]: Sie verbieten doch die Begleitforschung!)

Die Begleitforschung findet erst seit fünf oder sechs Jahren statt – und meist sogar in einem Umfang, der die besonderen Charakteristika gentechnisch veränderter Pflanzen nicht berücksichtigt.

(Hans-Michael Goldmann [FDP]: Wo haben Sie denn das gesehen?)

Alles in allem: Die Erfahrungen im Umgang mit gentechnisch veränderten Pflanzen sind noch sehr gering. Deswegen finde ich es eher problematisch, dass die Anbaufläche zunimmt.

(Hans-Michael Goldmann [FDP]: Nennen Sie doch mal ein Beispiel, wo Sie das gesehen haben, was Sie gerade behauptet haben!)

– Sie können gerne eine intelligente Zwischenfrage stellen. Aber das Herumplärren nutzt mir nun wirklich nichts.

- (A) Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir tauschen ja regelmäßig wissenschaftliche Untersuchungen im Ausschuss aus. Die einen benennen die Probleme; die anderen verneinen sie. Die von Ihnen genannte Studie, Herr Heiderich, ist übrigens nur über einen sehr kurzen Zeitraum durchgeführt worden. (C)

(Helmut Heiderich [CDU/CSU]: Zehn Jahre!)

Den Glauben, innerhalb von fünf Jahren die Auswirkungen von Veränderungen nachvollziehen zu können, die in der Evolution mehrere Jahrhunderte bis Jahrtausende gebraucht haben, halte ich für unreal. Ich könnte Ihnen die Studie der Universität Kiel entgegenhalten, in der klar dargelegt wird, dass es, baut man zunächst gentechnisch veränderten Raps und danach bei normaler Fruchtfolge nicht gentechnisch veränderten Raps an, acht Jahre lang eine gentechnische Verunreinigung zur Folge hat, die höher als 0,9 Prozent ist.

Mich stimmen diese Untersuchungen nachdenklich. Meine Zweifel sind nicht ausgeräumt. Ich würde meine Arbeit als Abgeordneter schlecht machen, wenn ich nicht darüber nachdenken würde, welche Auswirkungen damit für die Zukunft dieser Gesellschaft und der Umwelt wirklich einhergehen. Ich bin immer sehr erstaunt darüber, wie eindeutig Sie von der CDU/CSU und der FDP davon ausgehen, dass es überhaupt keine Probleme bei einer Freisetzung geben wird.

(Helmut Heiderich [CDU/CSU]: Das erzählt doch niemand!)

Ich würde das nie sagen. Ich glaube, dass die Rückholbarkeit, anders als Sie es gesagt haben, in der Tat ein Problem ist.

Aber, wie eingangs gesagt, die Grundentscheidung ist gefallen. Wir haben keine andere Wahl; wir werden auf EU-Ebene und damit auch in Deutschland die Zulassung gentechnisch veränderter Pflanzen bekommen. Die rot-grüne Koalition wird deshalb das Gentechnikrecht novellieren. Unser Ziel ist dabei: Landwirte und Verbraucher sollen sich entscheiden können, ob sie gentechnisch veränderte Lebensmittel herstellen oder kaufen. Wir wollen sicherstellen, dass ein Nebeneinander, eine so genannte Koexistenz, zwischen denen, die die Gentechnik einsetzen wollen, und denen, die darauf verzichten wollen, möglich ist. Darüber werden wir in der nächsten Woche reden.

- (B) Der heutige Antrag setzt an einem zentralen Punkt an: an der **Reinheit des Saatgutes**. Wenn sich ein Landwirt entscheidet, weiterhin konventionell oder biologisch, also gentechnikfrei, zu produzieren, steht für ihn eines im Vordergrund: Seine Produkte, sein Mais, sein Weizen, dürfen nicht mehr als 0,9 Prozent gentechnisch erzeugter Bestandteile enthalten. Wenn seine Produkte diesen Wert überschreiten, muss er sie als gentechnisch verändert kennzeichnen. Dann ist es natürlich nur einleuchtend und sinnvoll, bereits beim Saatgut dafür zu sorgen, dass die Verunreinigungen so niedrig wie möglich sind. (D)

(Hans-Michael Goldmann [FDP]: Das sind doch keine Verunreinigungen!)

Das ist doch einigermäßen logisch.

Die EU-Kommission wollte unterschiedliche Schwellenwerte beim Saatgut einführen. Bei Soja sollte das Saatgut zum Beispiel zu 0,7 Prozent verunreinigt sein dürfen

(Hans-Michael Goldmann [FDP]: „Verunreinigt sein dürfen“! Ha!)

bzw. 0,7 Prozent gentechnisch verändertes Saatgut enthalten dürfen. Von 0,7 Prozent im Saatgut ist es nicht weit bis zu 0,9 Prozent im Endprodukt. Für denjenigen, der gentechnikfrei anbauen will, ist es eine Katastrophe, wenn er wegen solcher Verunreinigungen sein Produkt als gentechnisch verändert bezeichnen muss.

Wir wissen, dass ein niedriger Schwellenwert mehr Aufwand bedeutet. Das aber ist uns der Verbraucherschutz wert. Unser Ziel bleibt, dass diejenigen, die gentechnikfrei produzieren wollen, das weiterhin tun können.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Wir wollen echte Wahlfreiheit für Landwirte und Verbraucher.

Ich schließe mit meinem Appell an die Opposition: Helfen Sie dabei mit, Landwirte und Verbraucher zu schützen! Unterstützen Sie unseren Antrag!

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

- (A) Als letzte Rednerin zu diesem Tagesordnungspunkt hat die Kollegin Dr. Maria Flachsbarth, CDU/CSU-Fraktion, das Wort. (C)

(Beifall bei der CDU/CSU)

Dr. Maria Flachsbarth (CDU/CSU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wie jüngste Meinungsumfragen belegen, gibt es in der deutschen Bevölkerung starke Vorbehalte, ja sogar diffuse Ängste vor Grüner Gentechnik. Das Ganze führt zu absurden Vorstellungen. So äußern in Umfragen 50 Prozent der Befragten, dass sie keine Tomaten mit Genen essen würden. Der liebe Gott oder die Natur haben es aber nun einmal so eingerichtet, dass alles, was lebt, notwendigerweise Gene hat. Dazu gehören auch Salat, Obst, Gemüse und Fleisch.

(Zuruf von der CDU/CSU: Und Menschen!)

Meine Damen und Herren, ganz anders ist es bei **Roter Gentechnik**. Sie findet demgegenüber nämlich breite Akzeptanz. Zur Anwendung des humanen Insulins bei Tausenden von Diabetikern jeden Tag gibt es aufgrund der hervorragenden Verträglichkeit und Wirksamkeit überhaupt keine Alternative. Keiner käme auf die Idee, stattdessen wieder, wie früher, natürlich gewonnenes Insulin aus Schweinebauchspeicheldrüsen zu verwenden. Das würde nämlich zu schweren Nebenwirkungen führen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Es ist vor diesem Hintergrund wichtig und richtig, die Ängste und Befürchtungen der Menschen ernst zu nehmen und zum Beispiel im Rahmen der neuen Kennzeichnungsverordnung die Wahlfreiheit insbesondere in Bezug auf Lebensmittel zu ermöglichen.

Es ist aber auch wichtig, die Menschen objektiv über die Chancen zu informieren, besonders vor dem Hintergrund des vom Bundeskanzler mit großer Medienwirksamkeit ausgerufenen Jahres der Innovationen und Technologie, das auch dem daniederliegenden Forschungs- und Wirtschaftsstandort Deutschland neue Impulse geben sollte. Dabei ist es auch wichtig, darüber zu informieren, dass bereits heute **gentechnisch veränderte Pflanzen** einer strengen, mehrjährigen Sicherheitsüberprüfung unter Beteiligung mehrerer deutscher und europäischer Behörden und Institute und Einbeziehung sowohl wissenschaftlichen als auch politischen Sachverständigen unterliegen, bevor sie im Freien angebaut, geschweige denn zur Produktion von Lebensmitteln eingesetzt werden dürfen.

- (B) (Beifall bei der CDU/CSU und der FDP) (D)

Die bereits genannte Kennzeichnungspflicht sichert darüber hinaus die Entscheidungsfreiheit des Verbrauchers.

Meine Damen und Herren, weltweit wird die Gentechnik bereits seit Jahren erfolgreich genutzt, ohne dass es gravierende negative Auswirkungen auf Verbraucher oder Umwelt gäbe. Im Jahre 2003 wurden auf 68 Millionen Hektar weltweit gentechnisch veränderte Organismen angebaut.

(Ulrike Höfken [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist ein kleiner Teil der Weltproduktion, nicht einmal eine Nische! – Zuruf von der SPD: Zählen Sie doch einmal die Länder auf!)

Zum Vergleich: Die Gesamtanbaufläche in Deutschland beträgt 12 Millionen Hektar.

Auch in Deutschland sind mit gentechnisch veränderten Organismen hergestellte Lebensmittel bereits heute sehr weit verbreitet. Lebensmittel wie Käse und Wein werden mit Enzymen und Hefen hergestellt, die ihren Ursprung in gentechnisch veränderten Organismen haben. Tierfutter enthält große Anteile an Gensoja. 80 Prozent des Sojas, das in der Tierernährung eingesetzt wird, wird in Ländern produziert, die gentechnisch veränderte Organismen anbauen.

Warum aber wollen wir nun Grüne Gentechnik? Warum wollen wir dort auf Chancen hinweisen? Die Grüne Gentechnik hat zum Beispiel im Bereich der Umwelt – aus dem ich komme – Vorteile: Ein geringerer Einsatz von Pflanzenschutzmitteln ist möglich; das ist ein starkes Argument zum Beispiel für den kleinbäuerlich strukturierten Anbau von Baumwolle in China. Ein Anbau an ungünstigen Standorten ist besser möglich. Ferner kann weniger Dünger eingesetzt werden.

Mit Grüner Gentechnik kann man Energie sparen. Ich verweise zum Beispiel auf Amylopektinkartoffeln, die als Stärkelieferant in der Papierproduktion angewandt werden. Dort werden deutlich weniger energieintensive Verarbeitungen nötig. In Zukunft ist der Einsatz biogener Pflanzen denkbar.

Meine Damen und Herren, dennoch ist ein umfangreicher **Erprobungsanbau** erforderlich, um Regeln für gute landwirtschaftliche Praxis zu erarbeiten und die Koexistenz zwischen Landwirten, die sich für GVOs entscheiden, und denen, die dagegen sind, zu ermöglichen. Dafür brauchen wir ein

- (A) Gentechnikrecht, das den Anbau ermöglicht und für einen gerechten Interessenausgleich sorgt. Die Regeln des Bürgerlichen Gesetzbuches bieten dafür eine gute Grundlage. Die Regeln jedoch, die Sie in Ihrem Entwurf des Gentechnikgesetzes vorsehen, weichen ausdrücklich davon ab. Unser Antrag weist dagegen in die richtige Richtung. (C)

Auch die im Gentechnikgesetzentwurf vorgesehenen **Beweiserleichterungen** verstoßen gegen die bisherige deutsche Rechtsauffassung. Die Bundesregierung sieht vor, dass dann, wenn der direkte Verursacher eines Schadens nicht ermittelt werden kann, jeder Nachbar, der kreuzungsfähige GVOs anbaut, für den Ausgleichsanspruch haftet. Er soll auch dann haften, wenn alle Regeln der guten landwirtschaftlichen Praxis eingehalten wurden. Das ist so, als ob dann, wenn ein Unfallverursacher im Verkehr nicht zu ermitteln ist, derjenige haften würde, der am nächsten an der Unfallstelle vorbeigefahren ist. Das kann es nicht sein.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – René Röspel [SPD]: Aber wir haben doch Gefährdungshaftungen im Straßenverkehr!)

Deshalb weist ein Vorschlag des Bundesrates, in dem über die Einrichtung eines Haftungsfonds vergleichbar mit dem bewährten Klärschlammfonds nachgedacht wird, in die richtige Richtung.

(Lachen des Abg. Matthias Weisheit [SPD] – Friedrich Ostendorff [BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN]: Das ist genau verkehrt! Genau das falsche Modell! Haben Sie sich damit schon mal beschäftigt? Das ist das allerletzte Modell!)

Wenn es dem Bundeskanzler und den Regierungsfractionen mit dem Jahr der Innovationen und Technologie tatsächlich ernst ist, dann sollten Sie den Gesetzentwurf dringend überarbeiten und das, was die Deutsche Forschungsgemeinschaft in ihrer Stellungnahme zu Ihrem Gesetzentwurf zu bedenken gibt, wirklich ernst nehmen: Statt Risiken und Chancen der Gentechnik abzuwägen, enthalte der Entwurf nahezu ausschließlich Vorschriften im Interesse der Gefahrenabwehr, ohne deren Notwendigkeit zu belegen. Durch unverhältnismäßig hohe Auflagen werde die Nutzung der Grünen Gentechnik in Landwirtschaft und Forschung nahezu ausgeschlossen. Ich denke, das spricht für sich.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

- (B) **Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:** Ich schliesse die Aussprache. (D)

Interfraktionell wird Überweisung der Vorlagen auf den Drucksachen 15/2822, 15/2972 und 15/2979 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Sind Sie damit einverstanden? – Das ist der Fall, dann sind die Überweisungen so beschlossen.